

## Die Auseinandersetzung zwischen Ost und West über eine „Neue Weltinformationsordnung“

„Die seit dem 19. Jahrhundert sich verstärkende Informationslawine... wird einerseits als eine große Chance der Menschheit interpretiert, andererseits als eines der bedrohlichsten Elemente der Zukunftsgesellschaft. Wer über Information verfügt, der ist offensichtlich in der Lage, Herrschaft auszuüben.“<sup>1</sup> Der britische Historiker A. Toynbee führt diesen Gedanken weiter fort<sup>2</sup>: „Werden wir richtig informiert? Ich übertreibe nicht, wenn ich behaupte, daß von der Antwort auf diese Frage die Zukunft der menschlichen Gesellschaft im Atomzeitalter abhängt, wie immer die richtige Antwort auch lauten mag. Zum erstenmal in der Geschichte liegt es in den Händen der Menschheit, durch Massenselbstmord einen Schlußstrich hinter die eigene Geschichte zu setzen.“

Das schreckliche Erlebnis des Zweiten Weltkriegs, die drohende Gefahr eines neuen Krieges, die Verflechtung nationaler und internationaler Probleme, das Entstehen einer Reihe neuer Staaten haben die Vereinten Nationen und dann die UNESCO veranlaßt, sich mit dem internationalen Informationsfluß, den Kommunikationsproblemen auf der Welt zu befassen. Das wichtigste Dokument hierüber ist sicherlich der umfangreiche „Bericht der Internationalen Kommission zum Studium der Kommunikationsprobleme unter dem Vorsitz von Sean MacBride an die UNESCO“, der im Herbst 1980 der 21. Generalkonferenz der UNESCO vorgelegt wurde<sup>3</sup>. Im Vorwort schreibt der Generaldirektor der UNESCO, Amadou Mahtar M'Bow (S. 12): „Gewiß können die Herrschaftsmuster und die daraus entstehenden Interessenkonflikte nicht einfach deshalb zum Verschwinden gebracht werden, weil sich die Bandbreite der Kommunikation vergrößert hat; doch gesteigerte Möglichkeiten zur Kommunikation können dazu beitragen, die Auswirkungen dieser Konflikte abzuschwächen, indem sie das Individuum für die Probleme und Wünsche anderer sensibilisieren und allen Nationen die Gefahren bewußter machen, die der Weltgemeinschaft insgesamt drohen.“

Beginnen wir mit einigen Erkenntnissen, die eigentlich Binsenwahrheiten sind:

1. Jedes Zusammenleben von Menschen ist auf den Austausch von Informationen angewiesen, auf Kommunikation, d. h. auf den „Vorgang, durch den eine Nachricht, ein Zeichen, ein Symbol von einem zum anderen gelangt und dessen Verhalten verändert“<sup>4</sup>.

2. Zu allen Zeiten ist Information nicht nur zweckfreie Mitteilung gewesen,

sondern auch Mittel der Beeinflussung. In Grimms Deutschem Wörterbuch wird die Ableitung „Nachrichtung – Mitteilung zum Danachrichten“ gegeben. In diesem Sinn betreibt auch der einzelne Mensch Informationspolitik.

3. Niemand kann über alles, was geschieht, worüber Informationen vorliegen, berichten. Immer muß eine Auswahl getroffen werden. Die Auswahl wird bewußt oder unbewußt getroffen auf Grund von Wertvorstellungen, Weltanschauungen, ökonomischen Erwägungen, Staats- und Gesellschaftsordnungen usw.

4. Der Besitz von Informationen ist Voraussetzung für Einflußnahme, für Macht und Herrschaft. Daher gehört zur Informationspolitik im weiteren Sinn auch das Sammeln von notwendigen Informationen, nicht nur die Verbreitung.

5. Die Informations- und Kommunikationspolitik innerhalb eines Staats und die grenzüberschreitende Informations- und Kommunikationspolitik ist abhängig von der jeweiligen Staats- und Gesellschaftsordnung.

### Positionen

Niemand ist zufrieden mit dem internationalen Informationsfluß, der realen Kommunikationsordnung auf der Erde. *Drei Positionen* lassen sich grob voneinander unterscheiden, wenn man die Arbeit der UNESCO verfolgt.

1. Von *westlicher Seite* wird gefordert, daß überall auf der Welt frei und unbehindert Informationen gesammelt und verbreitet werden können. Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, die von den Vereinten Nationen erarbeitet wurde, lautet: „Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht umfaßt die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfehlen und zu verbreiten.“ Als 1948 in der Vollversammlung der Vereinten Nationen über diese Menschenrechtserklärung abgestimmt wurde, enthielten sich acht Staaten der Stimme, darunter die Sowjetunion, Südafrika und Saudi-Arabien. Es ist bezeichnend, daß der zitierte Art. 19 von den Verfassern des Samisdat-Periodikums „Chronik der laufenden Ereignisse“ in der Sowjetunion als Leitmotiv verwendet wurde.

2. Die *Sowjetunion* und die mit ihr verbündeten Staaten lehnen die westlichen Vorschläge ab. Sie behaupten (wobei jetzt nur die Grundthese erwähnt wird), daß der vom Westen geforderte freie Informationsfluß in Wirklichkeit eine Einmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten darstelle. Die sozialistischen Staaten fordern eine inhaltliche Festlegung der grenzüberschreitenden Informationen, ein Kontrollrecht jedes Staats über Informationen, die von außen kommen. Sie begründen dies unter anderem auch mit der Behauptung, daß der vom Westen geforderte freie Informationsfluß die Entwicklungsländer sowohl kulturell überfremden als auch in neue Abhängigkeit bringen würde.

3. Ein erheblicher Teil der *Entwicklungsländer* erhebt den begründeten Vorwurf, daß die Weltagenturen über sie nicht ausreichend und oft nicht zutreffend informieren. Als sich 1976 die Informationsminister der blockfreien Staaten trafen, tadelte Indira Ghandi: „Die Medien der mächtigen Staaten sind darauf aus, die Regierungen ihrer ehemaligen Kolonien als unfähig und korrupt hinzustellen und den Glauben zu untermauern, daß sich die Völker nach den guten alten Tagen zurücksehnen.“

Die Entwicklungsländer fordern einmal eine tatkräftige Mithilfe beim Aufbau eigener Medienstrukturen. Sie fordern eine angemessene, umfassende, zutreffende Berichterstattung über ihre Länder und versuchen, durch ihre eigenen Agenturen eigene Informationen weltweit zu verbreiten. Sie werfen schließlich den Großmächten und den Weltnachrichtenagenturen vor, diese zerstörten durch ungehinderten grenzüberschreitenden Informationsfluß fremde Kulturen.

Da viele Entwicklungsländer autoritäre Herrschaftsordnungen und gelenkte Kommunikationssysteme haben, ergibt sich eine Affinität zu Vorschlägen sozialistischer Länder: inhaltliche Festlegung der Informationen, kontrollierter Informationsfluß.

### Kommunikationsordnungen in West und Ost

Aus der Skizzierung der drei Positionen ist klargeworden, daß das jeweilige Kommunikationssystem eines Staats bzw. einer bestimmten Herrschaftsordnung zum Vorbild für eine Weltinformationsordnung gemacht, gleichsam auf die Erdkugel projiziert wird. Den Staats- und Gesellschaftsordnungen aber liegen unterschiedliche Vorstellungen über die Menschenrechte und die Aufgaben des Staats, also auch über Meinungs-, Presse- und Informationsfreiheit, zugrunde. Diese unterschiedlichen Vorstellungen führen auch dazu, daß zum Beispiel in der Bundesrepublik, in der DDR und in der UdSSR Meinungs- und Pressefreiheit in der Verfassung garantiert werden, aber beim Vergleich in Verfassungstheorie und Verfassungswirklichkeit unvereinbare Widersprüche bleiben.

In den westlichen Demokratien gehören Meinungs-, Presse- und Informationsfreiheit zu den Menschenrechten. Trotz aller Unterschiede der Kommunikationsordnungen in westlichen Demokratien und trotz zahlreicher Mängel können unterschiedliche politische und gesellschaftliche Gruppen frei ihre Meinung äußern, für sich werben, Informationspolitik und Propaganda betreiben. Und wer will, kann sich aus den unterschiedlichsten Quellen informieren. Die Massenmedien achten argwöhnisch darauf, daß die Verwirklichung ihrer politischen Funktionen nicht behindert wird: Information, Mitwirkung an der Meinungsbildung, Kontrolle und Kritik. Kontrolle und Kritik werden gerade gegenüber den Mächtigen geübt.

In sowjetischen Nachschlagewerken sucht man vergeblich nach Stichwörtern wie „Medienpolitik“, „Kommunikationspolitik“, „Informationspolitik“. Die Sache selber wird in der Großen Sowjetenzyklopädie unter den Stichwörtern „Massenkommunikation“ oder „Information“ behandelt.

Über die „Massenkommunikation“ kann man dort lesen: „Unter den Verhältnissen des Kapitalismus drücken sich die Ziele der Massenkommunikation, die als Waffe der herrschenden Klasse auftritt, in den folgenden Aufgaben aus: Apologetik der Ordnung sozialer Ungerechtigkeit, Verfälschung des Bewußtseins der Persönlichkeit mit Hilfe manipulatorischer Methoden und der ‚Massenkultur‘. In der sozialistischen Gesellschaft ist die Massenkommunikation dazu berufen, die geistige und moralisch-politische Einheit der Gesellschaft zu festigen, mit der bürgerlichen Ideologie und Propaganda zu kämpfen, der Erziehung einer harmonisch entwickelten Persönlichkeit zu dienen.“ Unter dem Stichwort „Information“ ist zu lesen: „In der sozialistischen Gesellschaft werden an die Information die Forderungen nach Wahrhaftigkeit und Genauigkeit der Darstellung richtig ausgewählter und gruppierter typischer Fakten, der objektiven Analyse und Kommentierung der Ereignisse und Prozesse des sozialen Lebens auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Methodologie in Übereinstimmung mit dem Prinzip der Parteilichkeit gestellt.“<sup>5</sup>

Kommunikationspolitik ist nach sowjetischer Auffassung Teil eines Erziehungs- und Lenksystems, dessen Wert durch die Klasse bestimmt wird, in deren Hand es sich befindet. Die Massenmedien haben – in Anwendung einer Leninschen Formel – eine kollektive propagandistische, agitatorische und organisatorische Funktion. Die Information spielt hierbei eine untergeordnete Rolle, sie ist – ebenfalls nach einer Leninschen Formel – „Agitation durch Tatsachen“. Die Bezeichnung „Massenmedien“ oder „Massenkommunikationsmittel“ lautet daher im offiziellen sowjetischen Sprachgebrauch „Mittel der Masseninformation und Massenpropaganda“.

Die sowjetische Führung nimmt für sich in Anspruch, die allein richtige – durch den Marxismus-Leninismus wissenschaftlich begründete – Politik zu betreiben und gleichzeitig der einzige wirkliche Repräsentant des Sowjetvolks zu sein. Dieser Anspruch wird im Dreizack der Monopole durchgesetzt: Machtmonopol, Ideologiemonopol, Meinungs- und Informationsmonopol. Akzeptiert man die ideologische Grundlage und den Anspruch der Herrschenden, dann gibt es kein allgemeines Menschenrecht auf Meinungs-, Presse- und Informationsfreiheit.

1972 schrieb Iwan Subkow, Leiter des Zeitungssektors der Propagandaabteilung des Zentralkomitees: „Der XXIV. Parteitag der KPdSU hat die Information definiert als ‚Instrument der Führung, Mittel der Erziehung und Kontrolle‘.“ 1979 sagte der ZK-Sekretär M. Suslow auf der Allunionsversammlung der ideologischen Arbeiter: „Die Partei, das Zentralkomitee sahen und sehen in der Presse, im Fernsehen und Rundfunk eine mächtige ideologische Waffe, ein unersetzliches Mittel zur kommunistischen Erziehung und Organisierung der Massen, einen wichtigen Faktor zur Formierung der öffentlichen Meinung.“<sup>6</sup>

## Grenzüberschreitende Information und Weltinformationsordnung

Grenzüberschreitende Information (Information nicht nur verstanden als Nachricht, sondern auch als Bericht, Belehrung, Anweisung) und Informationspolitik hat es immer schon gegeben. Friedrich II. von Preußen, Napoleon, Bismarck, um nur einige Namen zu nennen, haben grenzüberschreitende Informationspolitik betrieben. Als in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die ersten großen Nachrichtenagenturen entstanden, waren bald die Regierungen bemüht, mit deren Hilfe Nachrichtenströme einzufärben, umzulenken. Die Entwicklung der drahtlosen Telegraphie und des Rundfunks vermehrten die bisherigen Möglichkeiten. Nun konnte man unbehindert fremde Grenzen überwinden.

Natürlich gab es Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts eine Konkurrenz der Agenturen. Man schloß Abgrenzungsverträge, die den großen Agenturen auf bestimmten Teilen des Erdballs Vorrechte zusicherten. Es gab Einflußnahmen auf Agenturen, so zum Beispiel im Deutschen Reich auf das Wolff'sche Telegraphenbüro. Rußland verfügte damals über keine Weltagentur und war bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs von der Wolff'schen Agentur abhängig; danach bekam die russische Nachrichtenagentur ihr Auslandsmaterial vor allem von Havas und Reuter. Vorschläge für eine Neuordnung des Informationsflusses in der Welt sind aus dieser Zeit nicht bekannt.

Die Formel „Neue Weltinformationsordnung“ tauchte 1976 auf einem Symposium blockfreier Staaten über Kommunikationspolitik auf. Sie entstand in Anlehnung an die Forderung nach einer „Neuen Weltwirtschaftsordnung“ und war gegen das Übergewicht der Weltnachrichtenagenturen gerichtet. Sie kam also nicht als propagandistische Formel des Ostens zur Welt, sondern als Forderung des armen „Südens“ gegenüber dem reichen „Norden“. Eine Voraussetzung hierfür war das Entstehen zahlreicher neuer Staaten in Asien und Afrika.

## Auslandssendungen und Ätherkrieg (1917–1941)

Die Auseinandersetzung um eine globale Änderung der Informationsordnung zwischen Ost und West begann mit der Entstehung der Sowjetmacht. Die Bolschewiki sahen sich einer Übermacht „kapitalistischer“ Agenturen gegenüber, deren Nachrichten über die Vorgänge in der Sowjetunion weltweit verbreitet wurden. Die Sowjetmacht versuchte, durch Schaffung einer eigenen Nachrichtenagentur (ROSTA, TASS) auf dem Erdball zu Gehör zu kommen; bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs hatte sie damit kaum Erfolg.

Nun ging es der Sowjetmacht nicht nur darum, eigene Nachrichten weltweit anzubieten, so wie es heute die Entwicklungsländer fordern. Sie hatte von Anfang an erklärt, daß es um eine Umformung des gesamten Staatensystems auf der Welt

ging, um einen langwierigen weltrevolutionären Prozeß zur Errichtung der klassenlosen Gesellschaft im Weltumfang<sup>7</sup>. Das heißt, es ging gleichzeitig um weltrevolutionäre Propaganda.

Lenin hatte sich mit Radiotelegrammen „An alle“ gewandt; die Komintern mit ihren Hilfsorganisationen war der Hauptträger der revolutionären Propaganda im kapitalistischen Ausland. Im November 1929 begann Moskau mit regelmäßigen Rundfunksendungen für das Ausland, die reichlich revolutionäre Propaganda enthielten. Rundfunksendungen für das Ausland wurden auch von anderen Ländern ausgestrahlt, doch begnügte man sich zumeist mit einer Selbstdarstellung. Der „Ätherkrieg“ wurde von der Sowjetunion begonnen, das nationalsozialistische Deutschland und das faschistische Italien folgten. Zahlreiche Länder protestierten gegen die Moskauer Sendungen; in Polen, Rumänien und Japan wurden sogar Störsender errichtet.

Bereits 1925 hatte sich der Weltrundfunkverein mit der „Propaganda politique“ im Rundfunk befaßt, 1927 griff der Völkerbund die Problematik auf, 1936 kam es in Genf zum Abschluß einer „Internationalen Übereinkunft über den Gebrauch des Rundfunks im Interesse des Friedens“. Die Sowjetunion unterzeichnete diesen „Rundfunkfriedenspakt“, der staatlichen Organen Verantwortung auferlegte. Das Deutsche Reich war nicht mehr Völkerbundsmitglied. Die Konvention trat 1938 in Kraft, ohne daß sich an der Gesamtsituation etwas änderte.

### Ätherkrieg und UN-Vorschläge (1945–1960)

Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte die Sowjetunion ihre Position sehr verbessern können. Die von ihr in Abhängigkeit gebrachten Staaten mußten mit dem sozialistischen Herrschaftsmodell auch das sowjetische Kommunikationsmodell übernehmen. In den Jahren des Spätstalinismus war die Sowjetbevölkerung wieder hermetisch vom Ausland abgeriegelt. Mitte der fünfziger Jahre war TASS zur Weltagentur aufgestiegen, die Nachrichtenagenturen der sozialistischen Bruderstaaten waren an TASS angebunden.

Im „Kalten Krieg“, der 1947 begann, setzten nicht nur die Sowjetunion und ihre Verbündeten den Rundfunk als grenzübergreifende Waffe ein; auch die USA bedienten sich zunehmend dieses grenzüberschreitenden Mediums. Radio Free Europe nahm 1950 seine Tätigkeit auf, Radio Liberty wenige Tage vor Stalins Tod (1953). Von beiden Seiten wurden nicht nur Informationen über das eigene Land und das eigene System ausgestrahlt, sondern handfeste Sendungen, die das System des anderen schwächen sollten. Die Sowjetunion wehrte sich dagegen mit Hilfe von Störsendern.

Die Entstalinisierung und die Proklamierung der „friedlichen Koexistenz“ durch Chruschtschow schien die Situation zu entspannen. Man sprach vom

vermehrten kulturellen Austausch. Aber an einem ließen die sowjetischen Machthaber keinen Zweifel: im ideologischen Bereich kennt die friedliche Koexistenz keinen Frieden. Und ein freier Informationsfluß von West nach Ost, der sich nicht an die sowjetischen Vorstellungen hielt, galt als Einmischung in innere Angelegenheiten, also eine Verletzung der Prinzipien der „friedlichen Koexistenz“.

So ist es nicht erstaunlich, daß alle Bemühungen der Vereinten Nationen, nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs einen weltweiten freien Informationsfluß durchzusetzen, scheiterten. Es begann im September 1946 mit dem Vorschlag des Präsidenten der amerikanischen Zeitungsverlegergesellschaften und Vorsitzenden des Komitees für Informationsfreiheit, Wilburg Forrest, an den Wirtschafts- und Sozialrat der UN (ECOSOC), die Informations- und Pressefreiheit in der ganzen Welt zu sichern.

Alle Versuche der UN, alle Vorschläge und Resolutionsentwürfe, die auf einen ungehinderten Informationsfluß in der ganzen Welt abzielten, führten zu keinem Ergebnis, das die Weltinformationsordnung abgeändert hätte. Die Sowjetunion und die mit ihr verbündeten Staaten enthielten sich der Stimme oder stimmten dagegen. Sie fürchteten die Übermacht der westlichen Agenturen, sie beharrten auf dem Vorrang der Souveränität. Man kann die „Deklaration über die Freiheit der Information“, die im September 1960 im Wirtschafts- und Sozialrat zur Abstimmung gestellt wurde, als letzten erfolglosen Versuch in dieser Phase bezeichnen. Polen, Bulgarien und die Sowjetunion enthielten sich der Stimme.

Nachdem die Komintern im Zweiten Weltkrieg aufgelöst worden und der Kominform kein langes Leben beschieden war, wurde die Auslandspropaganda der Sowjetunion nach dem Krieg vom Sowinformbüro betrieben, das zu Beginn des Zweiten Weltkriegs geschaffen worden war. Eine Reihe von Weltorganisationen, die zu Hilfsorganisationen der sowjetischen Außenpolitik geworden waren, unterstützten und unterstützen weltweit die gleichen Positionen wie die sozialistischen Länder. Besonders bekannt sind davon der Weltfriedensrat, der Weltgewerkschaftsbund, die Internationale Journalistenorganisation.

### Sowjetische Informationspolitik (1960–1972)

In der Auseinandersetzung zwischen Ost und West um eine Änderung des Informationsflusses ist die Zeit zwischen dem Beginn der sechziger und dem Beginn der siebziger Jahre eine Zwischenphase. Die grundsätzlichen Positionen beider Seiten blieben unverändert. Die jeweilige grenzüberschreitende Informationspolitik orientierte sich jedoch an der jeweiligen Verquickung der innen- und außenpolitischen Situation, an der Weltlage.

Begnügen wir uns hier mit der Aufzählung einiger wichtiger Ereignisse in der sowjetischen Politik, um dies deutlich zu machen. 1961 löst die angeblich

gesellschaftliche Nachrichtenagentur Novosti (APN) das Sowinformbüro als Instrument der Auslandspropaganda ab. 1961 wird in Berlin die Mauer gebaut. Die Cuba-Krise 1962/63 beschwört die Gefahr eines neuen Kriegs herauf, beide Seiten wollen ihn vermeiden. 1963 wird die Störung einiger ausländischer Sender eingestellt. 1964 wird Chruschtschow gestürzt, die Entstalinisierung wird beendet. 1966 macht die Sowjetunion den Vorschlag, eine europäische Sicherheitskonferenz einzuberufen.

Die Repressionen gegen die sowjetischen Dissidenten werden verschärft, Brezhnev spricht vom „verschärften ideologischen Kampf“. Die Ereignisse in der Tschechoslowakei steigern die Angst der sowjetischen Machthaber vor einem freien Informationsfluß, vor dem Verlust des Meinungs- und Informationsmonopols in den sozialistischen Staaten. Die Störungen der Rundfunksendungen werden wieder aufgenommen. 1969 kommt es am Ussuri zu einem bewaffneten Zusammenstoß zwischen sowjetischen und chinesischen Einheiten. 1970 wird in Moskau der Vertrag zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet. In der Vorbereitungsphase der KSZE stellt die Sowjetunion 1973 die Störung der „Stimme Amerikas“, von BBC und der „Deutschen Welle“ ein.

Die Entstehung neuer Staaten führte dazu, daß im Oktober 1961 der Stimmenanteil der afrikanischen und asiatischen Staaten in der Vollversammlung der UN 50 Prozent erreichte. Bereits unter Chruschtschow war die Zwei-Lager-Theorie (sozialistisches Friedenslager – kapitalistisches Feindlager) zur Drei-Lager-Theorie erweitert worden. Die Staaten des dritten Lagers, die Entwicklungsländer, wurden aufgefordert, sich dem Friedenslager anzuschließen. Die Mitarbeit der UdSSR war dementsprechend in der UNESCO intensiviert worden. Seit Beginn der sechziger Jahre verschob sich der Schwerpunkt der sowjetischen Auslandssendungen immer mehr zu den Entwicklungsländern.

### KSZE und Korb III

Die Auseinandersetzung zwischen Ost und West um eine Änderung des Informationsflusses spielte sich vor allem auf zwei internationalen Foren ab: der KSZE und ihren Nachfolgekonzferenzen sowie den UNESCO-Generalkonferenzen und einzelnen UNESCO-Veranstaltungen. In den UNESCO-Diskussionen verbindet sich dabei die Nord-Süd-Problematik mit der Ost-West-Problematik. Die Sowjetunion trat vor UNESCO-Gremien immer häufiger als eine Art großer Bruder der Entwicklungsländer auf. Dies gewährte ihr die Möglichkeit, eigene Probleme und Vorstellungen sozusagen auf fremdem Terrain zu diskutieren.

Von westlicher Seite war bei der Vorbereitung der KSZE darauf gedrängt worden, in die Schlußakte den sogenannten Korb III einzubringen, d. h. eine Verbesserung des Informationsflusses, kultureller Beziehungen usw. zu errei-



chen<sup>8</sup>. In der KSZE-Schlußakte (1975) war dann unter anderem zu lesen: Die Teilnehmerstaaten „setzen sich zum Ziel, die freiere und umfassendere Verbreitung von Informationen aller Art zu erleichtern, die Zusammenarbeit im Bereich der Information und des Informationsaustauschs mit anderen Ländern zu fördern sowie die Bedingungen zu verbessern, unter denen Journalisten aus einem Teilnehmerstaat ihren Beruf in einem anderen Teilnehmerstaat ausüben“.

Die Sowjetunion unterzeichnete und gewährte ausländischen Journalisten gewisse Erleichterungen. Sie ließ jedoch bereits bei den Verhandlungen in Helsinki keinen Zweifel daran, daß ein freier Informationsfluß im westlichen Sinn nicht gestattet werden würde. J. Kaschlew und der damalige stellvertretende Generaldirektor von TASS (heute Generaldirektor), S. Losew, drückten dies so aus: „Entsprechend der Schlußakte von Helsinki muß die Verbreitung von Informationen basieren auf der Anerkennung der Souveränität aller Staaten, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der Beachtung ihrer Gesetze und Rechte, und sie muß der Sache des Friedens und der gegenseitigen Verständigung der Völker dienen.“<sup>9</sup>

Als nach Helsinki von westlicher Seite darauf gedrungen wurde, Korb III in vollem Umfang zu verwirklichen, und als sich sowjetische Dissidenten dieser Forderung anschlossen, begann Moskau mit einer Gegenpropaganda, die von den anderen sozialistischen Staaten unterstützt wurde. Sie begann mit der Behauptung, der Westen behindere den freien Informationsfluß von Ost nach West, steigerte sich dann zu dem Vorwurf, in den kapitalistischen Staaten gebe es keine Meinungs- und Pressefreiheit, keinen freien Informationsfluß, und beschuldigte schließlich die „kapitalistischen“ Staaten, durch „ideologische Diversion“ Bürger sozialistischer Staaten zu verwirren und Bürger der Entwicklungsländer ihrer eigenen Kultur zu entfremden.

Die Anzahl der Artikel, Rundfunksendungen, Broschüren und Bücher, die seither in der Sowjetunion die westliche Forderung nach einem freien Informationsfluß als „psychologischen Krieg“, „ideologische Diversion“, „elektronischen Imperialismus“ usw. bezeichnen, ist fast unüberschaubar geworden. Diese sowjetische Reaktion muß man auch vor dem Hintergrund innen- und außenpolitischer Ereignisse sehen. Die sowjetischen Machthaber mußten erkennen, daß der Glaube an den Marxismus-Leninismus abnahm, und gaben die Schuld vor allem den ausländischen Rundfunksendungen.

Im Mai 1979 wurde vom ZK der Erlaß „Über die weitere Verbesserung der ideologischen und politisch-erzieherischen Arbeit“ veröffentlicht. Er ist die zur Zeit gültige Richtlinie. Im Erlaß heißt es unter anderem: „Es ist daher eine der wichtigsten Aufgaben der ideologischen Erziehungs- und Informationsarbeit, den Sowjetmenschen die ganze Falschheit dieser (der westlichen) Lügenpropaganda erkennen zu helfen, und in klarer, konkreter und überzeugender Form ihre heimtückischen Methoden zu entlarven.“

Die sowjetischen Machthaber sahen sich zunehmend nicht nur Sendungen aus „kapitalistischen“ Staaten gegenüber; auch die Volksrepublik China, der revolutionäre Iran, zahlreiche religiöse Sender usw. strahlen in die Sowjetunion hinein. Nicht nur die sowjetische Intelligenzija hört diese Sendungen. Besonders unangenehm wurden diese Sendungen, wenn Sowjetbürger aus dem Ausland Informationen über das eigene Land erhielten, die ihnen die eigenen Medien verschwiegen hatten.

Auf der Belgrader Folgekonferenz (1977/78) ging es erneut auch um Korb III. Das Schlußdokument zeigt, daß die Sowjetunion nicht bereit war, ihre Position zu ändern. Ihre Verbündeten schlossen sich der sowjetischen Position an. Der Leiter der sowjetischen Delegation in Belgrad, J. Woronow, erklärte in einem TASS-Interview (Iswestija 10. 3. 1978): „Wie bekannt, haben die Delegation der USA und einige von den Gesinnungsgenossen aus der NATO von den ersten Tagen des Belgrader Forums an und im Verlauf seiner ganzen Arbeit ihre Anstrengungen darauf gerichtet, die Begegnung in ein Instrument des kalten Kriegs umzufunktionieren, sie in ein Feld ideologischer Zusammenstöße zu verwandeln. Statt sich einzusetzen für die Festigung des gegenseitigen Verstehens und Vertrauens unter den Staaten und Völkern Europas bemühten sie sich, Zwietracht und Mißtrauen zu säen, indem sie für ihre Ziele einen umfangreichen Propagandaapparat mobilisierten.“

Die westlichen Reaktionen auf die Ereignisse in Polen, den Einsatz sowjetischer Truppen in Afghanistan und die Stationierung sowjetischer Mittelstreckenraketen sowie die harte Linie der neuen amerikanischen Regierung haben dazu geführt, daß die sowjetische Gegenpropaganda gegen einen freien Informationsfluß hysterische Züge bekommen hat. Gleichzeitig wurden die sowjetischen Auslandssendungen vermehrt: Moskau sendet in 77 Auslandssprachen. Auslandspropaganda betreibt nicht nur die Agentur NOVOSTI, sondern auch die Staatsagentur TASS. Die Internationale Journalistenorganisation, an deren Spitze der Finne K. Nordenstreng steht, verfolgt in der Frage der Informationspolitik die gleichen Ziele wie Moskau. Angesichts der gespannten internationalen Situation und der zahlreichen Hinweise auf Menschenrechtsverletzungen in sozialistischen Staaten ist es nicht verwunderlich, daß die Madrider Folgekonferenz zur Hängepartie geworden ist. In der Frage des freien Informationsflusses wird sie jedenfalls keine Änderung bringen können.

### UNESCO und „Neue Weltinformationsordnung“

Anfang der sechziger Jahre hatte sich die UNESCO bereits mit dem Problem der Satellitenkommunikation befaßt. 1972 wurde auf der 17. Generalkonferenz ein Entwurf über die Satellitenkommunikation verabschiedet, der praktisch die staatli-

che Souveränität über den freien Informationsfluß stellte. Auf der gleichen Generalkonferenz wurde – auf Vorschlag der Sowjetunion – eine Resolution angenommen, es solle eine Deklaration über die Prinzipien der Massenmedien zum Zweck der Festigung des Friedens und der Bekämpfung der Kriegspropaganda, des Rassismus und der Apartheid ausgearbeitet werden. Dies lief auf eine inhaltliche Festlegung von Informationen hinaus.

1974 tauchte in einem UNESCO-Papier die Formel von einer „Neuen Kommunikationsordnung“ auf. Seit 1976 ist die Formel von der „Neuen Weltinformationsordnung“ – wie bereits erwähnt – allgemein üblich geworden. Auf die Bemühungen blockfreier Staaten, einen eigenen Nachrichtenpool zu schaffen, kann hier nicht eingegangen werden. Die Sowjetunion sah in der Benachteiligung von Entwicklungsländern auf dem internationalen Nachrichtenmarkt eine willkommene Chance, ihre Vorstellungen vom Informationsfluß mit Hilfe von Entwicklungsländern durchzusetzen.

1976 wurde auf der 19. Generalkonferenz der UNESCO in Nairobi ein Deklarationsentwurf vorgelegt, der eine inhaltliche Festlegung (für den Frieden, gegen Apartheid und Rassismus), statt eines freien Informationsflusses einen „ausgewogenen“ forderte und die einzelnen Staaten für die Aktivität aller Massenmedien in ihrem Bereich verantwortlich machen sollte. Die Sowjetunion hatte an diesem Entwurf eifrig mitgearbeitet. Von westlicher Seite wurde dieser Entwurf als unannehmbar bezeichnet. Unter dem Vorsitz von Sean MacBride wurde dann eine internationale Medienkommission ins Leben gerufen.

Auf der 20. Generalkonferenz 1978 in Paris standen verschiedene Entwürfe einander gegenüber. Der, an dem die Sowjetunion mitgearbeitet hatte, lief praktisch auf eine staatliche Kontrolle hinaus. Bundesaußenminister Genscher warnte vor staatlicher Nachrichtenüberwachung; es gebe nicht zuviel Pressefreiheit, sondern zuwenig auf der Welt. Heraus kam ein Kompromiß, der die Probleme nicht löste, sondern vertagte. Beide Seiten bezeichneten ihn als Erfolg, aber jede Seite legte ihn anders aus, setzte die Akzente nach eigener Auslegung.

Bis zum Beginn der 21. Generalkonferenz der UNESCO 1980 in Belgrad bereiteten die sowjetischen Medien den Boden sorgfältig vor. Auch bot ein 1979 in Taschkent – mit Hilfe der UNESCO – veranstaltetes internationales Journalisten-seminar eine gute Gelegenheit, um sich den Entwicklungsländern als Vorbild und Freund anzubieten. Dieser Generalkonferenz lag – allerdings sehr verspätet – der bereits erwähnte umfangreiche Bericht vor, an dem die verschiedensten Institutionen und Personen mitgearbeitet hatten, darunter auch der Generaldirektor von TASS, Losew. Der Bericht versuchte, Kommunikationsvorgänge global und umfassend, vom Volkslied bis zur Satellitenübertragung zu erfassen, und war insofern für eine politische Entscheidung denkbar ungeeignet. Die Formel von der „Neuen Weltinformationsordnung“ wurde nun erweitert auf „Neue Weltinformations- und Kommunikationsordnung“.

Nach sechs Wochen kam es zu einer neuen Kompromißresolution. Auf der einen Seite enthielt sie die Forderung nach der Beseitigung der Hindernisse für den freien Informationsfluß, auf der anderen Seite wurde die Verantwortlichkeit der Journalisten hervorgehoben, die vor der Öffentlichkeit für ihre Handlungen verantwortlich seien. Die Schweizer Delegation lehnte die Zustimmung zu dieser Resolution ab, weil sie den Text als zu ungenau und als unterschiedlich auslegbar bezeichnete.

Die Sowjetunion und ihre Verbündeten nahmen für sich in Anspruch, auf der Konferenz die Interessen der Entwicklungsländer gegenüber dem „elektronischen Imperialismus“ wahrgenommen zu haben, auch wenn man mit der Resolution nicht voll einverstanden war. Welche Ziele man von sowjetischer Seite dabei im Auge hatte, läßt sich unschwer erkennen. 1980 erschien in Moskau das Lehrbuch für zukünftige Journalisten „Die außenpolitische Propaganda“. Es befaßt sich intensiv mit der „Entlarvung der ideologischen Expansion des Imperialismus“. Der Verfasser Beglow schreibt im Kapitel „Probleme der Regulierung der internationalen Informationsverbreitung“ (292):

„Das Problem der Regelung der Beziehungen zwischen Staaten und Ländern der Welt wird erschwert durch die expansionistische Praxis des Imperialismus, der viele Schlüsselpositionen in der Infrastruktur der internationalen Information erfaßt hat, seine Strategie der psychologischen Diversion, sowie die schwachen materiellen Möglichkeiten der Entwicklungsländer. Die Tätigkeit der Mittel der Information und Propaganda der Sowjetunion und anderer sozialistischer Bruderländer, die in den Dienst des Fortschritts und des gegenseitigen Verständnisses unter den Völkern gestellt wurden, begrenzt in hohem Maß die Willkür der imperialistischen Wort-Monopole. Aus dem Sachverhalt heraus, daß die sozialistische Ideologie die fortschrittlichste Strömung der gesellschaftlichen Gesinnung ist und das stärkste Instrument zur Veränderung der Gesellschaft, geht auch die Überlegenheit der Informationstätigkeit der Bruderstaaten des Sozialismus hervor. Gerade die sozialistische Ideologie, Propaganda, Information befinden sich auf dem Vormarsch.“

### Unvereinbare Positionen

Die Positionen von Ost und West zur Frage des Informationsflusses sind nicht miteinander vereinbar. Nicht einmal in der Frage, wie man den Entwicklungsländern helfen kann und soll, ist man sich einig. So warnt zum Beispiel E. Andrunas im Fachorgan der Moskauer Universität „Journalistik“<sup>10</sup> davor, daß Entwicklungsländer von kapitalistischen Ländern Computer und Technologie zu diesem Zweck übernehmen. Dies führe zwangsnötig zur Abhängigkeit von kapitalistischen Staaten. Auf der anderen Seite ist die Sowjetunion angestrengt bemüht, zum Beispiel in Afghanistan eine Medienordnung nach sowjetischem Vorbild einzuführen.

Nach sowjetischer Auffassung müßten die Informationen inhaltlich festgelegt sein (für Frieden, gegen Rassismus usw.), müßten dem Frieden und Fortschritt dienen, der grenzüberschreitende Informationsfluß sollte „ausgewogen“ sein;

jeder Staat ist verantwortlich für die Informationen, die von seinem Territorium ausgehen und jeder Staat hat das Recht, Informationen, die aus dem Ausland kommen, zu zensieren. Dies alles sollte schließlich mit Hilfe der UNESCO in einer Vereinbarung völkerrechtlich verbindlich gemacht werden. Der internationale Informationsfluß würde dann nur noch durch Staatskanäle fließen. Mit der westlichen Auffassung von Meinungs-, Presse- und Informationsfreiheit wäre das völlig unvereinbar.

Die Sowjetunion ist sich klar darüber, daß sie ihre Position international nicht wird verwirklichen können. Doch könnte sie ihr dazu verhelfen, in einigen Entwicklungsländern festen Fuß zu fassen. Gleichzeitig sieht sie sich jedoch einem Informationsfluß gegenüber, den sie nicht unterbinden kann, der auch in ihren Machtbereich hineindringt. Würde das staatliche Monopol über die Massenmedien und den Informationsfluß in einem sozialistischen Land verlorengehen, dann wäre das gesamte sozialistische System gefährdet.

J.-P. Picaper kommt in seiner Untersuchung „Kommunikation und Propaganda in der DDR“ (Stuttgart 1976, 198) zu dem Ergebnis: „Nur eine Änderung des Kommunikationssystems im Sowjetimperium: freier Zugang zur Information und mehr Gedankenfreiheit, kann Demokratie für seine Bürger und Sicherheit für uns bringen. Am politisch-militärischen System des Ostens läßt sich heute nichts ändern, aber ein neues Kommunikationssystem brächte Veränderungen hervor.“ Mit diesen Sätzen hat Picaper eigentlich nur wiederholt, was der sowjetische Nobelpreisträger Sacharow schon gesagt hat.

#### ANMERKUNGEN

<sup>1</sup> Handbuch der Massenkommunikation, hrsg. v. K. Koszyk u. K. H. Pruys (München 1981) 94.

<sup>2</sup> In: K. Jaspers u. a., Werden wir richtig informiert? (München, o. J.) 51.

<sup>3</sup> Deutsch: Viele Stimmen – eine Welt. Kommunikation und Gesellschaft – heute und morgen (Bonn 1981).

<sup>4</sup> H. Schoeck, Kleines soziologisches Wörterbuch (Freiburg 1969) 194.

<sup>5</sup> Bd. 15 (Moskau 1974) 453; Bd. 10 (Moskau 1972) 354.

<sup>6</sup> Zurnalist, Nr. 8 (1972) 8; Kommunist, Nr. 15 (1979) 35f.

<sup>7</sup> Siehe hierzu: B. Meissner, Weltmacht Sowjetunion (München 1982) 8.

<sup>8</sup> Die Einzelheiten der Ost-West-Auseinandersetzung bei G. Wettig, Der Kampf um die freie Nachricht (Zürich 1977).

<sup>9</sup> In: Zurnalist, Nr. 11 (1977) 77.

<sup>10</sup> Vestnik moskovskogo universiteta. Zurnalistika, Nr. 6 (1980) 66.